



**Aktenzeichen: Pet 4-19-07-4516-000505**

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 24.10.2019 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition abzuschließen,  
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

### **Begründung**

Mit der Petition wird gefordert, dass die Aneignung genießbarer Lebensmittel und verwertbarer sonstiger Sachen aus Mülltonnen bzw. dem Sperrmüll nicht mehr strafbar sein soll. Hierfür sollen § 242 Strafgesetzbuch (Diebstahl) sowie § 959 Bürgerliches Gesetzbuch (Aufgabe des Eigentums) geändert bzw. ergänzt werden.

Zur Begründung der Petition wird insbesondere ausgeführt, dass jährlich bis zu 20 Millionen Tonnen noch genießbarer Lebensmittel in Deutschland weggeworfen würden. Häufig sei zum Zeitpunkt der Entsorgung das Mindesthaltbarkeitsdatum noch nicht erreicht. Sowohl die globalen Lebensmitteltransporte als auch die Nahrungsmittelentsorgung würden negative Auswirkungen auf die Umwelt und auf das Klima nach sich ziehen. Daher sei § 242 Strafgesetzbuch (StGB) dahingehend zu ändern, dass die Aneignung genießbarer Lebensmittel sowie die Aneignung nicht mehr genutzter Sachen nicht strafbar sein sollen. Ferner sei § 959 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) dahingehend zu ergänzen, dass die Aufgabe des Eigentums insbesondere dann anzunehmen sei, wenn der Eigentümer einer Sache diese in einem Müllbehälter deponiere oder die Sache anderweitig zur Abholung durch die Müllabfuhr bereitstelle. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Dem Petitionsausschuss liegen zu diesem Thema mehrere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung unterzogen werden. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.



Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch insgesamt 17.168 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 177 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Thematik darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Werden Gegenstände ohne das Einverständnis des Eigentümers aus Abfallcontainern entfernt, kann eine Strafbarkeit wegen Diebstahls gemäß § 242 Absatz 1 StGB in Betracht kommen. Danach macht sich strafbar, wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen. Weggeworfene Gegenstände stellen in vielen Fällen bereits nach geltendem Recht keine fremden Sachen und somit kein taugliches Tatobjekt des § 242 StGB dar.

Fremd ist eine Sache für den Täter dann, wenn sie nicht in seinem Alleineigentum steht und wenn sie nicht herrenlos ist. Die Eigentümerstellung, und damit die Fremdheit einer Sache im Sinne des § 242 StGB, wird allein nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts bestimmt. Daher wäre die von der Petition geforderte Ergänzung des § 242 StGB um eine vom bürgerlichen Recht abweichende Regelung der Fremdheit einer Sache schon deshalb abzulehnen, weil sie der Systematik des § 242 StGB zuwiderlaufen würde.

Maßgeblich für die Bestimmung der zivilrechtlichen Eigentumslage sind die §§ 903 ff. BGB. Nach § 959 BGB sind Sachen herrenlos, wenn der Eigentümer in der Absicht des Eigentumsverzichts den Besitz daran aufgegeben hat (sogenannte Dereliktion).

In der Aufgabe des Besitzes mit der Absicht zum Verzicht auf das Eigentum liegt eine Willenserklärung, die allerdings nicht empfangsbedürftig ist. Deshalb kommt es für die Auslegung dieser Erklärung nicht auf den objektiven Empfängerhorizont einer vom Eigentümer verschiedenen Person an, sondern auf den tatsächlichen subjektiven Willen des Eigentümers. Das Problem der Ermittlung eben jenes subjektiven Willens tritt typischerweise bei der Abfallbeseitigung auf. Mit der Freigabe von Hausabfällen zum Abtransport kann dabei grundsätzlich Herrenlosigkeit eintreten. Die Geringwertigkeit



des Materials bzw. die hohen Abfallbeseitigungskosten sprechen für die Annahme eines Dereliktionswillens.

Ein Wille zum Eigentumsverzicht im Sinne von § 959 BGB liegt dagegen dann nicht vor, wenn der ursprüngliche Eigentümer das Eigentum nur zugunsten einer bestimmten Person, z. B. eines Entsorgungsunternehmens, aufgeben will und erkennbar gerade nicht wünscht, dass Dritte sich den Abfall aneignen. Dies wird beispielsweise bei der Bereitstellung von Altkleidern im Rahmen einer Spendensammlung anzunehmen sein, aber auch, wenn die weggeworfenen Gegenstände in verschlossenen Containern entsorgt werden und ein Zugriff Dritter nicht ohne Weiteres möglich ist.

Hat der Eigentümer hingegen weder ein materielles noch ein immaterielles Interesse an den weggeworfenen Lebensmitteln, kommt neben einer möglichen Eigentumsaufgabe auch ein (antizipiertes) Einverständnis mit der Wegnahme oder eine (mutmaßliche) Einwilligung in die Zueignung der Gegenstände in Betracht. Auch in diesen Fällen tritt eine Strafbarkeit nach § 242 StGB nicht ein.

Ergänzend ist zu beachten, dass selbst in den Fällen, in denen die Voraussetzungen des § 242 StGB vorliegen, eine Strafverfolgung gemäß § 248a StGB nur auf Antrag oder bei Vorliegen eines besonderen öffentlichen Interesses erfolgt, wenn es sich bei den gestohlenen Gegenständen um Sachen von geringem Wert handelt. Als geringwertig betrachtet die höchstrichterliche Rechtsprechung Sachen bis zu einem Wert von 25 Euro. Da weggeworfene Lebensmittelreste oder Flaschen typischerweise keinen erheblichen wirtschaftlichen Wert mehr verkörpern, dürfte diese Vorschrift im Regelfall eingreifen und die Taten somit erst auf einen Strafantrag des Eigentümers hin überhaupt Gegenstand eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der durch die genannten Strafvorschriften im Zusammenspiel mit den zivilrechtlichen Regelungen des Eigentums gewährte Schutz des Eigentums in seiner gegenwärtigen Reichweite nicht zu beanstanden ist. Die bestehenden Vorschriften lassen eine sachgerechte Bewertung der jeweiligen Sachverhalte zu.

Der Ausschuss hält die geltende Rechtslage für sachgerecht und vermag sich nicht für eine Gesetzesänderung im Sinne der Petition auszusprechen. Gleichwohl ist es Ziel der Koalitionsfraktionen, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Dafür wird die



Initiative „Zu gut für die Tonne“ gemeinsam mit den Ländern zu einer nationalen Strategie weiterentwickelt. Dies wurde im Koalitionsvertrag vereinbart.

Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Der von den Fraktionen DIE LINKE. und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, ist mehrheitlich abgelehnt worden.